

Der Landtag von Niederösterreich hat am
beschlossen:

Verfassungsgesetz - NÖ Gemeinderatswahlordnung 1994
(NÖ GRWO 1994)

TEIL A

Inhaltsverzeichnis

TEIL A: Inhaltsverzeichnis	§
TEIL B: Verfahren vor dem Wahltag	
Wahlausschreibung	1
Wiederholung der Wahl	2
Festsetzung von Terminen	3
Gemeinderatsauflösung - Wahlausschreibung	4
Gebietsänderungen - Wahlausschreibung	5
Wahlbehörden, Wahlsprengel	6 - 15 u.
	17
Vertrauenspersonen - Wahlzeugen	16
Aktives und passives Wahlrecht	18, 20 u. 21
Ordentlicher Wohnsitz	19
Wählerverzeichnis - Ausfolgung	22 bis 24
Einspruch gegen das Wählerverzeichnis	25 bis 27
Berufung	28
Einsprüche - NÖ Landesbürgerevidenzengesetz	29
Abschluß des Wählerverzeichnisses	30
Wahlwerbung - Wahlvorschläge	31 bis 37
Wahllokale - Wahlzeit - Verbotszonen	38 u. 40
Ausübung der Wahl vor dem Wahltag	39
Wahlkarten	41 u. 42
Wahlkuvert und Stimmzettel	43 u. 44
TEIL C: Verfahren am Wahltag	
Leitung der Wahl	45
Wahlhandlung - Stimmabgabe	46, 47 u. 51
Stimmabgabe mit Wahlkarten	48
Stimmabgabe in Anstalten	49
Bewertung der Stimmzettel	52 bis 55
Niederschriften der Sprengel- und besonderen Wahlbehörden	56 u. 57

Ermittlungsverfahren	58 bis 60
Kundmachung - Niederschrift der Gemeindewahlbehörde	61
TEIL D: Wahlanfechtung	62 bis 64
TEIL E: Sonderbestimmungen für Statutarstädte	
Geltungsbereich	65
Wahlausschreibung - Wahlsprengel	66 u. 67
Wahlbehörden	68 bis 74
Erfassung der Wähler	75
Koppelung von Wahlvorschlägen - Mandats- aufteilung	76 u. 77
Wahlanfechtung	78
TEIL F: Allgemeine Bestimmungen	
Fristen	79
Kosten	80
Drucksorten	81
Eigener Wirkungsbereich	82

Verfahren vor dem Wahltag

1. Abschnitt

Wahlausschreibung, Festsetzung von Terminen

§ 1

Wahlausschreibung

(1) Die NÖ Landesregierung muß unter Bedachtnahme auf die in diesem Gesetz enthaltenen Fristen und Termine die Wahl des Gemeinderates für alle niederösterreichischen Gemeinden mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut durch Verordnung so rechtzeitig ausschreiben, daß die erste Sitzung des neugewählten Gemeinderates frühestens drei Monate vor oder spätestens drei Monate nach Ende der Funktionsperiode stattfinden kann (allgemeine Gemeinderatswahlen).

(2) In der Wahlausschreibung müssen der Wahltag und der Tag, der als Tag der Verlautbarung der Wahlausschreibung (Stichtag) gilt, festgelegt werden. Beide müssen so gewählt werden, daß die Einhaltung der in diesem Gesetz genannten Fristen und Termine möglich ist. Als Wahltag darf nur ein Sonntag oder gesetzlicher Feiertag bestimmt werden.

(3) Als Wahltag und als Stichtag müssen für alle Gemeinden grundsätzlich die selben Tage bestimmt werden. Bei Elementarereignissen und bei Verkehrsbeschränkungen, die zur Bekämpfung von Seuchen verfügt werden, kann die Landesregierung in den betroffenen Gemeinden auch einen anderen Wahltag und/oder Stichtag bestimmen. § 1 Abs.4 gilt dabei sinngemäß.

(4) Die Wahlausschreibung muß im Landesgesetzblatt kundgemacht werden. Betrifft die Wahlausschreibung weniger als zehn Gemeinden, so unterbleibt diese Kundmachung. Die Wahlausschreibung muß mit der Angabe der Zahl der in der Gemeinde zu wählenden Mitglieder des Gemeinderates vom Bürgermeister durch Anschlag an der Amtstafel kundgemacht werden.

§ 2

Wiederholung der Wahl

Die Landesregierung muß die Wiederholung der Wahl des Gemeinderates in einer Gemeinde erneut ausschreiben, wenn nicht wenigstens zwei Drittel der Gemeinderatsmandate besetzt werden konnten. § 1 Abs.4 gilt dabei sinngemäß.

§ 3

Festsetzung von Terminen

Macht eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes oder der Landes-Hauptwahlbehörde die gänzliche oder teilweise Wiederholung der Wahl des Gemeinderates notwendig, muß die Landesregierung die dafür erforderlichen Termine (Stichtag, Wahltag) durch Verordnung festlegen. § 1 Abs.4 gilt dabei sinngemäß.

§ 4

Ausschreibung der Wahl nach Auflösung des Gemeinderates

(1) Wenn die Landesregierung einen Gemeinderat aufgelöst hat, muß sie innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung des Auflösungsbescheides die Neuwahl des Gemeinderates so ausschreiben, daß die Wahl spätestens innerhalb von sechs Monaten nach der Auflösung des Gemeinderates stattfindet. § 1 Abs.4 gilt dabei mit der Maßgabe sinngemäß, daß auch die Auflösung des Gemeinderates kundgemacht werden muß.

(2) Die Dauer der Funktionsperiode wird durch die Neuwahl nicht berührt. Wenn jedoch innerhalb von sechs Monaten vor den allgemeinen Gemeinderatswahlen eine Neuwahl stattfindet, so gilt sie als allgemeine Gemeinderatswahl, die daher in der betroffenen Gemeinde unterbleibt.

Wahlausschreibung bei Gebietsänderungen

(1) Die Landesregierung muß - wenn die Einhaltung der in diesem Gesetz enthaltenen Fristen und Termine möglich ist - die Neuwahl des Gemeinderates bei einer Gebietsänderung so rechtzeitig ausschreiben, daß die neugewählten Gemeindeorgane mit Wirksamkeit der Gebietsänderung ihre Tätigkeit aufnehmen können. § 1 Abs.4 gilt dabei sinngemäß. Bis zur Aufnahme der Tätigkeit der neugewählten Gemeindeorgane bleiben die bisherigen Gemeindeorgane im Amt. Wenn die Aufnahme der Tätigkeit der neugewählten Gemeindeorgane mit Wirksamkeit der Gebietsänderung nicht möglich ist, muß die Landesregierung bei einer Vereinigung, Trennung und Neubildung unter sinngemäßer Anwendung der gemeindeorganisationsrechtlichen Vorschriften für die Bestellung von Regierungskommissären und Beiräten solche Organe bestellen.

(2) Im Fall von Gebietsänderungen müssen folgende Wahlbehörden die Aufgaben der Gemeindewahlbehörde wahrnehmen.

a) bei einer Grenzänderung für die abzutretenden Gebietsteile die Gemeindewahlbehörde jener Gemeinde, die die Gebietsteile erhält;

b) bei einer Vereinigung für die Neuwahl des Gemeinderates der neu entstehenden Gemeinde die Gemeindewahlbehörde jener Gemeinde, die die größte Einwohnerzahl hat;

c) bei einer Trennung für die Neuwahl der Gemeinderäte aller neu entstehenden Gemeinden die Gemeindewahlbehörde der getrennten Gemeinde;

d) bei einer Neubildung für die Neuwahl des Gemeinderates der neu gebildeten Gemeinde die Gemeindewahlbehörde jener Gemeinde, von der der Gebietsteil mit der größten Einwohnerzahl abgetrennt wird;

e) bei einer Aufteilung einer Gemeinde die Gemeindewahlbehörden jener Gemeinden, auf die die Gemeinde aufgeteilt wird.

(3) Wenn für die Neuwahl des Gemeinderates einer Gemeinde bei einer Gebietsänderung eine Gemeinde in Wahlsprenkel geteilt wird, müssen Sprengelwahlbehörden und bei Bedarf besondere Wahlbehörden neu gebildet werden.

(4) Ändern sich bei einer Gebietsänderung die Grenzen von Ver-

waltungsbezirken, führt jene Bezirkswahlbehörde das Wahlverfahren durch, in deren Sprengel die die Neuwahl des Gemeinderates durchführende Gemeindewahlbehörde ihren Sitz hat.

2. Abschnitt

Wahlbehörden

§ 6

Allgemeines über die Wahlbehörden

(1) Zur Durchführung und Leitung der Wahlen werden Wahlbehörden bestellt. Es sind dies:

- a) die Landes-Hauptwahlbehörde,
- b) die Bezirkswahlbehörden,
- c) die Gemeindewahlbehörden,
- d) die Sprengelwahlbehörden und
- e) die besonderen Wahlbehörden.

(2) Die Behörden bleiben bis zur Ausschreibung der nächsten allgemeinen Gemeinderatswahlen im Amt (Amtsperiode). Wurde vor Ablauf der Funktionsperiode des Gemeinderates wegen einer Gebietsänderung eine Neuwahl des Gemeinderates durchgeführt, muß unter sinngemäßer Anwendung der in diesem Gesetz enthaltene, für die Bildung der Gemeindewahlbehörde maßgeblichen Vorschriften, für den Rest der Funktionsperiode eine Gemeindewahlbehörde neu bestellt werden.

(3) Die Wahlbehörden entscheiden in allen Fragen, die sich in ihren Bereich über das Wahlrecht und die Ausübung der Wahl ergeben.

(4) Bis zum ersten Zusammentreten der Wahlbehörden sind deren Vorsitzenden berechtigt und verpflichtet, alle unaufschiebbaren Geschäfte zu besorgen. Dazu zählt insbesondere die Entgegennahme von Eingaben. Beim ersten Zusammentreten der Wahlbehörden müssen die Vorsitzenden die von ihnen getroffenen Verfügungen der Wahlbehörde zur Kenntnis bringen.

(5) Vom Vorstand jener Behörden, an deren Sitz die Wahlbehörden gebildet wurden, müssen diesen die erforderlichen Hilfskräfte und Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden.

§ 7

Landes-Hauptwahlbehörde

(1) Für alle niederösterreichischen Gemeinden, mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut, wird am Sitz der Landesregierung die Landes-Hauptwahlbehörde gebildet. Sie besteht aus dem Landeshauptmann oder einem für den Fall der Verhinderung von ihm bestellten Stellvertreter als Vorsitzenden und aus zwölf Beisitzern als weiteren Mitgliedern. Drei Beisitzer müssen Richter im Sinne des Art. 87 Abs.1 B-VG sein. Die übrigen Mitglieder sind in Ausübung dieses Amtes an keine Weisungen gebunden (Art. 133 Z.4 B-VG).

(2) Aus dem Kreis der rechtskundigen Landesbediensteten werden der Landes-Hauptwahlbehörde in erforderlicher Anzahl Schriftführer und ständige Referenten beigegeben. Die ständigen Referenten müssen die für die Vorbereitung der Entscheidung der Landes-Hauptwahlbehörde notwendigen Maßnahmen treffen.

(3) Die Landes-Hauptwahlbehörde führt neben den sonst ihr übertragenen Aufgaben die Oberaufsicht über alle anderen Wahlbehörden.

Bezirkswahlbehörde

(1) Bezirkswahlbehörde ist die nach den Bestimmungen der NÖ Landtagswahlordnung 1992, LGBl.0300, jeweils im Amt befindliche gleichnamige Behörde.

(2) Die Bezirkswahlbehörde führt die Aufsicht über die Gemeinde-, Sprengel- und die besonderen Wahlbehörden.

§ 9

Gemeindewahlbehörde

(1) Für jede Gemeinde wird eine Gemeindewahlbehörde eingesetzt.

(2) Sie besteht aus dem Bürgermeister oder einen von ihm bestellenden ständigen Vertreter als Vorsitzenden und Gemeindewahlleiter sowie mindestens drei, höchstens 12 Beisitzer.

(3) Der Bürgermeister muß für den Fall der vorübergehenden Verhinderung des Gemeindewahlleiters auch einen Stellvertreter bestellen.

(4) Die Gemeindewahlbehörde führt neben den sonst ihr übertragenen Aufgaben die Aufsicht über die Sprengel- und die besonderen Wahlbehörden.

§ 10

Wahlsprengelteilung

(1) Räumlich ausgedehnte Gemeinden sowie solche mit mehr als 1.000 Wahlberechtigten können von der Gemeindewahlbehörde in Wahlsprengel geteilt werden. Die Einteilung und Festsetzung der Wahlsprengel muß spätestens zwei Wochen nach dem Stichtag erfolgen.

(2) Jeder Wähler übt sein Wahlrecht in dem Wahlsprengel aus, in dem er am Stichtag seinen ordentlichen Wohnsitz hat. Hat ein Wahlberechtigter in einer Gemeinde mehrere Wohnungen, muß er eine davon als Wohnsitz bezeichnen.

§ 11

Sprengelwahlbehörde

(1) In Gemeinden, die in Wahlsprengel eingeteilt sind, ist für jeden Wahlsprengel eine Sprengelwahlbehörde einzusetzen. In einem Wahlsprengel kann auch die Gemeindewahlbehörde die Geschäfte der Sprengelwahlbehörde versehen.

(2) Die Sprengelwahlbehörde besteht aus den vom Bürgermeister zu bestellenden Vorsitzenden sowie mindestens drei, höchstens sechs Beisitzern.

(3) Der Bürgermeister muß für den Fall der vorübergehenden Verhinderung des Vorsitzenden auch einen Stellvertreter bestellen.

(4) Die Vorsitzenden und deren Stellvertreter müssen aufgrund von Vorschlägen der Wahlparteien nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes nach ihrer bei der letzten Gemeinderatswahl erzielten Parteisumme in der Gemeinde bestellt werden.

§ 12

Besondere Wahlbehörden

Um den Bettlägerigen und den ihrer Freiheit beschränkten Wahlberechtigten die Ausübung des Wahlrechtes zu erleichtern, muß die Gemeindewahlbehörde bei Bedarf (Ausstellung von entsprechenden Wahlkarten) spätestens am 3. Tag vor dem Wahltag besondere Wahlbehörden einrichten, die diese Personen während der festgesetzten Wahlzeit aufsuchen.

Zusammensetzung der besonderen Wahlbehörden

Besondere Wahlbehörden setzen sich wie Sprengelwahlbehörden zusammen.

§ 14

Bildung der Wahlbehörden

(1) Die Beisitzer der Landes-Hauptwahlbehörde die nicht Richter sind, werden aufgrund von Vorschlägen der im Landtag vertretenen Parteien nach dem Verhältnis der bei der letzten Landtagswahl für sie abgegebenen Stimmen durch die Landesregierung berufen. Die richterlichen Mitglieder werden von der Landesregierung aufgrund eines Vorschlages des Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien berufen. Die Landesregierung bestellt auch die Schriftführer und ständigen Referenten, die der Landes-Hauptwahlbehörde beigegeben werden.

(2) Die Beisitzer und Ersatzmitglieder der Gemeindewahlbehörde werden auf Grund der Vorschläge der Wahlparteien nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes nach ihrer bei der letzten Gemeinderatswahl in der Gemeinde erzielten Parteisumme durch die Bezirkswahlbehörde berufen.

(3) Die Beisitzer der Sprengelwahlbehörden werden aufgrund von Vorschlägen der Wahlparteien nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes nach ihrer bei der letzten Gemeinderatswahl erzielten Parteisumme in der Gemeinde durch die Bezirkswahlbehörde berufen. Die Bestimmungen dieses Absatzes gelten für die besonderen Wahlbehörden sinngemäß.

Für jeden Beisitzer in allen Wahlbehörden muß in gleicher Weise ein Ersatzmitglied bestellt werden.

(4) Zum Beisitzer oder Ersatzmitglied dürfen nur Personen bestellt werden, die das aktive Wahlrecht in einer niederösterreichischen Gemeinde besitzen. Für die Beisitzer und Ersatzmitglieder der Landes-Hauptwahlbehörde ist jedoch die Erfüllung dieser Voraussetzung nicht erforderlich. Außerdem ist eine gleichzeitige Mitgliedschaft in einer Bezirks- und in einer Gemeinde-

Sprengel- oder besonderen Wahlbehörde unzulässig. Die gleichzeitige Mitgliedschaft in einer Gemeinde-, Sprengel- oder besonderen Wahlbehörde ist zulässig.

(5) Die Namen der Vorsitzenden, der Beisitzer, der Ersatzmitglieder und der Vertrauenspersonen der Wahlbehörden müssen wie folgt kundgemacht werden:

- a) Landes-Hauptwahlbehörde: an der Amtstafel des Amtes der NÖ Landesregierung und in den Amtlichen Nachrichten der NÖ Landesregierung;
- b) Bezirkswahlbehörde: an der Amtstafel der Bezirkshauptmannschaft;
- c) Gemeindewahlbehörde: an der Amtstafel der Gemeinde;
- d) Sprengelwahlbehörde: an der Amtstafel der Gemeinde;
- e) Besondere Wahlbehörde: an der Amtstafel der Gemeinde.

§ 15

Parteivorschläge

(1) Die Vorschläge zur Besetzung der Gemeindewahlbehörde müssen spätestens innerhalb von einer, die zur Besetzung der Sprengelwahlbehörden, einschließlich der Vorschläge für die Vorsitzenden und deren Stellvertreter, innerhalb von drei Wochen nach dem Stichtag beim Vorsitzenden der Bezirkswahlbehörde eingebracht oder ergänzt werden. Die Vorschläge für die besonderen Wahlbehörden einschließlich der Vorschläge für die Vorsitzenden und deren Stellvertreter müssen spätestens am zweiten Tag vor dem Wahltag eingebracht oder ergänzt werden. Werden keine, unzulässige (z.B. Mehrfachmitgliedschaft) oder nicht ausreichende Vorschläge überreicht, muß die Bezirkswahlbehörde die Mitglieder nach Möglichkeit unter Bedachtnahme auf das bei der letzten Gemeinderatswahl festgestellte Stimmenverhältnis der einzelnen Parteien in der jeweiligen Gemeinde bestellen.

(2) Scheidet ein Beisitzer, Ersatzmitglied oder eine Vertrauensperson aus oder übt sein Amt nicht aus, muß der Vorsitzende der bestellenden Behörde, die betreffende Partei unverzüglich auffordern, einen neuen Vorschlag zu erstatten.

Vertrauenspersonen und Wahlzeugen

(1) Hat eine im Landtag vertretene Partei keinen Anspruch auf die Berufung eines Beisitzers in die Landes-Hauptwahlbehörde, dann kann sie in diese eine Vertrauensperson entsenden.

(2) Hat eine im Gemeinderat vertretene Partei keinen Anspruch auf Berufung eines Beisitzers in die Gemeinde-, Sprengel- oder in die besondere Wahlbehörde so kann sie in diese Wahlbehörde eine Vertrauensperson entsenden.

(3) Die Vertrauenspersonen müssen zu den Sitzungen der Wahlbehörde eingeladen werden. Sie nehmen an diesen ohne Stimmrecht teil. Das Recht auf Entsendung von Wahlzeugen wird dadurch nicht berührt.

(4) Für jede Vertrauensperson kann ein Vertreter namhaft gemacht werden.

(5) Jede Wahlpartei, die einen gültigen Wahlvorschlag eingebracht hat, hat das Recht, zu jeder Wahlbehörde, vor der Wahlhandlungen stattfinden, einen Wahlzeugen zu entsenden. Die Entsendung einer Person in mehrere Wahlbehörden ist zulässig.

(6) Die Namen der Wahlzeugen müssen spätestens zehn Tage vor dem Wahltag vom zustellungsbevollmächtigten Vertreter der jeweiligen Wahlpartei den Bürgermeister schriftlich bekanntgegeben werden. Der Bürgermeister muß den Wahlzeugen einen Eintrittschein, der sie zum Eintritt in das Wahllokal ermächtigt, ausstellen. Der Eintrittschein muß auf Verlangen der Wahlbehörde vorgewiesen werden.

(7) Die Wahlzeugen sind lediglich Wahlbeobachter der Wahlparteien, dürfen auf den Ablauf der Wahlhandlung keinen Einfluß nehmen und sich an den Abstimmungen nicht beteiligen. Es gebührt ihnen keine Entschädigung für die Teilnahme an der Wahlhandlung.

§ 17

Sonstige Bestimmungen über Wahlbehörden

- (1) Die Wahlbehörden werden vom Vorsitzenden einberufen.
- (2) Die Beisitzer, Ersatzmitglieder und Vertrauenspersonen müssen bei Antritt ihres Amtes dem Vorsitzenden, die Vorsitzenden der Sprengel- und besonderen Wahlbehörden dem Vorsitzenden der Gemeindewahlbehörde geloben, ihr Amt unparteilich und gewissenhaft zu erfüllen.
- (3) Die Sprengel- und besonderen Wahlbehörden sind die Wahlbehörden bei Anwesenheit des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters und von mindestens zwei Drittel der Beisitzer beschlußfähig. Die Landes-Hauptwahlbehörde ist bei Anwesenheit des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters, mindestens zwei richterlichen und sechs weiteren Mitgliedern beschlußfähig. Für die Bezirks- und Gemeindewahlbehörde gelten für die Beschlußfähigkeit die Regelungen der NÖ Landtagswahlordnung 1992, LGB1.0300.
- (4) Zur Fassung eines gültigen Beschlusses ist Stimmenmehrheit erforderlich. Der Vorsitzende stimmt nicht mit. Bei Stimmengleichheit gilt jedoch die Anschauung als zum Beschluß erhoben, der er beitrifft.
- (5) Wenn eine Wahlbehörde nicht in beschlußfähiger Anzahl zusammentreten kann oder während der Sitzung beschlußunfähig wird, kann der Vorsitzende dringende Maßnahmen selbst treffen. Soweit möglich, muß er unter Berücksichtigung der Parteienverhältnisse Mitglieder, Ersatzmitglieder oder Vertrauenspersonen beiziehen.
- (6) Die Landesregierung muß durch Verordnung die Höhe der Entschädigung festlegen, die für die Teilnahme an Sitzungen der Landes-Hauptwahlbehörde und der Bezirkswahlbehörden gebührt. Der Gemeinderat muß die Höhe der Entschädigung festsetzen, die die Mitglieder der Gemeinde-, Sprengel- und besonderen Wahlbehörde über Antrag für die Teilnahme an Sitzungen nach Maßgabe der tatsächlichen Inanspruchnahme für einen tatsächlichen Verdienstentgang erhalten.
- (7) Das Amt als Mitglied oder Ersatzmitglied einer Wahlbehörde endet:
 - a) durch Tod,
 - b) durch Verlust der Eigenberechtigung,

- c) durch Verzicht,
- d) durch Auslauf der Amtsperiode,
- e) durch Wegfall der Bestimmungsvoraussetzungen,
- f) durch zweimaliges, aufeinanderfolgendes unentschuldigtes Fernbleiben von Sitzungen der Wahlbehörde (Nichtausübung); die Entschuldigung muß an den Vorsitzenden oder eine von ihm dazu bestimmte Person gerichtet werden,
- g) bei richterlichen Mitgliedern durch Eintritt in den Ruhestand und
- f) bei Abberufung durch die entsendende Wahlpartei.

3. Abschnitt

Wahlrecht, Wählbarkeit, Wählerverzeichnisse

§ 18

Aktives Wahlrecht

- (1) Wahlberechtigt ist jeder österreichische Staatsbürger, der vor dem 1. Jänner des Jahres der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet hat, vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen ist und in der Gemeinde seinen ordentlichen Wohnsitz hat.
- (2) Ob die Voraussetzungen nach Abs.1 zutreffen, ist - abgesehen vom Wahlalter - nach dem Stichtag zu beurteilen.
- (3) Jeder Wahlberechtigte hat nur eine Stimme.

§ 19

Ordentlicher Wohnsitz

- (1) Der ordentliche Wohnsitz einer Person ist an jenem Ort, begründet welchen sie zu einem Mittelpunkt ihrer wirtschaftlichen, beruflichen oder gesellschaftlichen Betätigung zu gestalten die Absicht hatte. Dies bedeutet allerdings nicht, daß die Absicht dahingehen muß, an den gewählten Ort für immer zu bleiben; es genügt, daß der Ort bis auf weiteres zu diesem Mittelpunkt frei gewählt worden ist.

(2) Der ordentliche Wohnsitz gilt insbesondere dann nicht als begründet, wenn der Aufenthalt

- a) nur der Erholung oder Wiederherstellung der Gesundheit dient,
 - b) nur zu Urlaubszwecken gewählt wurde oder
 - c) aus anderen Gründen offensichtlich nur vorübergehend ist;
- gleiches gilt, wenn die Begründung des ordentlichen Wohnsitzes nur auf Eigentum oder Besitz an Baulichkeiten oder Liegenschaften gestützt werden kann.

(3) Nur mit Eigentum oder Besitz an Baulichkeiten oder Liegenschaften kann der ordentliche Wohnsitz nicht begründet werden.

§ 20

Ausschluß von der Wahl wegen gerichtlicher Verurteilung

(1) Vom Wahlrecht ist ausgeschlossen, wer durch ein inländisches Gericht wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener strafbarer Handlungen zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt worden ist. Der Ausschluß endet nach sechs Monaten. Die Frist beginnt, sobald die Strafe vollstreckt ist und mit der Freiheitsentziehung verbundene vorbeugende Maßnahmen vollzogen oder weggefallen sind; ist die Strafe nur durch Anrechnung einer Vorhaft verbüßt worden, so beginnt die Frist mit der Rechtskraft des Urteils.

(2) Ist nach anderen gesetzlichen Bestimmungen der Eintritt von Rechtsfolgen ausgeschlossen, sind die Rechtsfolgen erloschen oder sind dem Verurteilten alle Rechtsfolgen oder der Ausschluß von Wahlrecht nachgesehen worden, so ist er auch vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen. Der Ausschluß vom Wahlrecht tritt weiters nicht ein, wenn das Gericht die Strafe bedingt nachgesehen hat (§ 43

Abs.2 StGB BGBl.60/1974 i.d.F. BGBl.30a/1991). Wird die bedingte Nachsicht widerrufen, so tritt mit Rechtskraft dieses Beschlusses der Ausschluß vom Wahlrecht ein.

§ 21

Passives Wahlrecht

Wählbar sind alle gemäß § 18 Wahlberechtigten, die vor dem 1. Jänner des Jahres der Wahl das 19. Lebensjahr vollendet haben.

§ 22

Wählerverzeichnis

(1) Die Wahlberechtigten einer Gemeinde bilden den Wahlkörper. Diese Personen müssen in das Wählerverzeichnis eingetragen werden.

(2) Wählerverzeichnisse müssen von den Gemeinden aufgrund der Gemeinde-Wählerevidenz (§ 3 des NÖ Landesbürgerevidenzgesetzes, LGBl.0050) angelegt werden.

(3) Die Wählerverzeichnisse müssen nach Wahlsprengel und innerhalb dieser nach Straßen und/oder Hausnummern geordnet angelegt werden.

(4) Jeder Wahlberechtigte darf nur einmal im Wählerverzeichnis einer Gemeinde eingetragen werden.

§ 23

Auflegung des Wählerverzeichnisses

(1) Drei Wochen nach dem Stichtag muß das Wählerverzeichnis in einem allgemein zugänglichen Amtsraum durch zehn Tage, einschließlich Samstage Sonn- und Feiertage zur öffentlichen Einsicht aufgelegt werden. Für die Einsichtnahme müssen täglich mindestens vier Stunden, davon zwei am Vormittag und zwei am Nachmittag bestimmt werden. An Samstagen, Sonn- und Feiertagen genügt eine Einsichtsfrist von je zwei Stunden. Dabei muß die Einsicht auch außerhalb

der üblichen Arbeitszeit möglich sein.

(2) Die Auflegung des Wählerverzeichnisses muß der Bürgermeister vor Beginn der Einsichtsfrist durch Anschlag an der Amtstafel kundmachen. In dieser Kundmachung müssen auch die Einsichtsfrist die für die Einsichtnahme festgelegten Stunden, die Bezeichnung der Amtsräume, in denen das Wählerverzeichnis aufliegt, die Amtsstelle bei der Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis eingebracht werden können, enthalten sein. Außerdem müssen in der Kundmachung der 4. Abschnitt des Teiles B dieses Gesetzes wiedergegeben werden.

(3) Innerhalb der Einsichtsfrist kann jedermann in das Wählerverzeichnis Einsicht nehmen und Abschriften oder Vervielfältigungen herstellen. Nach Maßgabe der vorhandenen technischen Möglichkeiten muß die Gemeinde auch Kopien auf Kosten des Verlangenden herstellen.

(4) Nach Beginn der Auflegung dürfen Änderungen im Wählerverzeichnis nur mehr aufgrund des Einspruchs- und Berufungsverfahrens vorgenommen werden. Davon sind ausgenommen:

- a) die Beseitigung offenbarer Unrichtigkeiten (z.B. die Eintragung Verstorbener) und
- b) die Behebung von Formfehlern (z.B. falsche Schreibweise eines Namens, falsches Geburtsjahr)

§ 24

Ausfolgung an voraussichtliche Wahlparteien

Personengruppen die erklären, sich an der Wahlwerbung beteiligen zu wollen, müssen auf ihr Verlangen ab dem Tag der Auflegung Vervielfältigungen des Wählerverzeichnisses überlassen werden. Das gleiche gilt für Nachträge zum Wählerverzeichnis.

Einspruchs- und Berufungsverfahren

§ 25
Einsprüche

(1) Innerhalb der Einsichtsfrist kann jeder Staatsbürger unter Angabe seines Namens und seiner Wohnadresse gegen das Wählerverzeichnis schriftlich, mündlich, telegrafisch oder mit Fernkopie (Telefax) Einspruch erheben (Einspruchswerber). Es kann die Aufnahme oder Streichung einer Person verlangt werden.

(2) Schriftliche, telegrafische und mit Fernkopie eingebrachte Einsprüche müssen für jeden Einspruchsfall gesondert überreicht werden. Nur für Familienangehörige in einem gemeinsamen Haushalt kann gemeinsam Einspruch erhoben werden. Wenn der Einspruch die Aufnahme einer Person verlangt, müssen ihm die zur Begründung des Einspruches notwendigen Belege, dazu gehört jedenfalls ein ausgefülltes Wähleranlageblatt, angeschlossen werden. Wenn die Streichung einer Person verlangt wird, muß dies begründet werden.

(3) Wenn ein Einspruch von mehreren Personen unterschrieben worden ist, so gilt, wenn kein Zustellungsbevollmächtigter genannt ist, die Person als zustellungsbevollmächtigt, die an erster Stelle unterschrieben hat.

§ 26
Verständigung vom Einspruch

(1) Die Gemeinde muß Personen, gegen deren Aufnahme im Wählerverzeichnis Einspruch erhoben wurde, davon mit Bekanntgabe der Gründe innerhalb von 24 Stunden nach Einlagen des Einspruches verständigen. Die Verständigung muß die Mitteilung enthalten, daß sich die Personen binnen zwei Tagen schriftlich, mündlich, telegrafisch oder mit Fernkopie (Telefax) zum Einspruch äußern kann.

Entscheidung der Gemeindewahlbehörde

(1) Über den Einspruch muß binnen einer Woche nach seinem Einlangen, jedoch nach Ablauf der dem Betroffenen zur Äußerung eingeräumten Frist, entschieden werden. § 7 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, BGBl.51/1991 wird angewendet.

(2) Die Gemeinde muß die Entscheidung sowohl dem Einspruchswerber als auch dem Betroffenen unverzüglich schriftlich mitteilen. Außerdem muß die Entscheidung durch Anschlag an der Amtstafel kundgemacht werden, wobei Name, Geburtsjahr und Anschrift des Betroffenen bekanntgegeben werden müssen.

(3) Erfordert die Entscheidung eine Richtigstellung des Wählerverzeichnisses muß die Gemeinde nach Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung die Richtigstellung durchführen. Dabei müssen die Entscheidungsdaten angeführt werden. Bei Aufnahme einer Person muß der Namen am Schluß des Wählerverzeichnisses mit der dort fortlaufenden Zahl angeführt werden. An der Stelle des Wählerverzeichnisses, wo die Person ursprünglich einzutragen gewesen wäre, muß auf die fortlaufende Zahl der neuen Eintragung hingewiesen werden.

§ 28

Berufung

(1) Gegen die Entscheidung der Gemeindewahlbehörde können sowohl der Einspruchswerber als auch der Betroffene binnen drei Tagen nach Zustellung schriftlich, telegrafisch oder mit Fernkopie (Telefax) berufen. Auf die selbe Weise kann auch jeder Staatsbürger binnen drei Tagen nach Beginn der Kundmachung berufen. In beiden Fällen muß die Berufung an die Bezirkswahlbehörde bei der Gemeinde eingebracht werden.

(2) Die Gemeinde muß den Berufungsgegner von der Berufung unverzüglich nach Einlagen verständigen. Die Verständigung muß die Mitteilung enthalten, daß der Berufungsgegner in die Berufung Einsicht nehmen kann und sich zu dieser binnen zwei Tagen schriftlich, telegrafisch oder mit Fernkopie (Telefax) äußern kann.

(3) Über die Berufung muß binnen fünf Tagen nach ihrem Einlangen bei der Gemeinde, jedoch nach Ablauf der dem Berufungsgegner zur Äußerung eingeräumten Frist, entschieden werden. § 7 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, BGBl.51/1991 wird angewendet. Eine weitere Berufung ist unzulässig.

(4) Berufungen müssen für jeden Fall gesondert überreicht werden. Nur für Familienangehörige in einem gemeinsamen Haushalt kann gemeinsam Berufung erhoben werden. Wenn die Berufung die Aufnahme einer Person verlangt, müssen ihr die zur Begründung notwendigen Belege, dazu gehört jedenfalls ein ausgefülltes Wähleranlageblatt, angeschlossen werden. Wenn die Streichung einer Person verlangt wird, muß dies begründet werden.

Berufungen und allfällig erstattete Äußerungen müssen unverzüglich an die Bezirkswahlbehörde weitergeleitet werden.

(5) Die Entscheidung über die Berufung muß sowohl dem Berufungswerber als auch dem Betroffenen zugestellt werden. Erfordert die Berufungsentscheidung eine Richtigstellung des Wählerverzeichnisses muß die Gemeinde die Richtigstellung durchführen. Dabei müssen die Entscheidungsdaten angeführt werden. Bei Aufnahme einer Person muß der Namen am Schluß des Wählerverzeichnisses mit der dort fortlaufenden Zahl angeführt werden. An der Stelle des Wählerverzeichnisses, wo die Person ursprünglich einzutragen gewesen wäre, muß auf die fortlaufende Zahl der neuen Eintragung hingewiesen werden.

§ 29

Einsprüche nach dem NÖ Landesbürgerevidenzengesetz

Auf die zu Beginn der Einsichtsfrist nach den Vorschriften des Wählerevidenzgesetzes 1973, BGBl.601/1973 i.d.F. BGBl.339/1993 (§§ 4 bis 8) und des NÖ Landesbürgerevidenzgesetzes,

LGB1.0050-0, (§§ 6 bis 8) noch nicht entschiedenen Einsprüche und Berufungen gegen die Evidenzen müssen die betreffenden Bestimmungen dieses Abschnittes angewendet werden.

§ 30

Abschluß des Wählerverzeichnisses

- (1) Nach Beendigung des Einspruchs- und Berufungsverfahrens muß die Gemeindewahlbehörde das Wählerverzeichnis abschließen.
- (2) Das abgeschlossene Wählerverzeichnis bildet die Grundlage der Wahl. An der Wahl dürfen nur Personen teilnehmen, deren Namen im abgeschlossenen Wählerverzeichnis enthalten sind.

5. Abschnitt

Wahlwerbung

§ 31

Wahlvorschläge

- (1) Wählergruppen, die sich an der Wahlwerbung beteiligen wollen (Wahlparteien) müssen ihre Wahlvorschläge spätestens 24 Tage vor dem Wahltag während der Amtsstunden der Gemeindewahlbehörde vorlegen. Das Datum und die Uhrzeit des Einlangens muß auf dem Wahlvorschlag vermerkt werden.
- (2) Ein Wahlvorschlag muß enthalten:
 - a) eine unterscheidende Parteibezeichnung, die nicht mehr als sechs Worte umfassen darf; eine Abkürzung gilt dabei als ein Wort,
 - b) die Liste der Wahlwerber; d.i. ein Verzeichnis von höchstens doppelten so vielen Bewerbern, als Gemeinderäte zu wählen sind, in mit arabischen Ziffern bezeichneten Reihenfolge. Die Bewerber müssen unter Angabe des Vor- und Nachnamens, des Berufes, des Geburtsjahres und der Adresse angegeben werden,
 - c) die Zustimmung der Wahlwerber zur Aufnahme in den Wahlvorschlag und deren Erklärung, sich nicht auf einen Wahlvorschlag einer anderen Wahlpartei der Gemeinde um das Amt eines Gemeinde-

rates zu bewerben,

d) die Bezeichnung eines zustellungsbevollmächtigten Vertreters und dessen Stellvertreters. Dieser ist Vertreter der Wahlpartei im Verkehr mit den Behörden und

e) in Gemeinden mit mehr als 1000 Einwohnern die Unterstützung von mindestens sovielen passiv Wahlberechtigten, als in der Gemeinde Gemeinderatsmitglieder zu wählen sind. In Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern muß der Wahlvorschlag von mindestens doppelt sovielen Wahlberechtigten, als in der Gemeinde Gemeinderatsmitglieder zu wählen sind, unterstützt werden. Für die Einwohnergrenzen ist jeweils die dem Tag der Wahlausschreibung vorausgegangene Volkszählung maßgeblich. Wahlwerber, die ihre Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag erklärt haben, werden in die Zahl eingerechnet. Die im Gemeinderat zum Zeitpunkt der Wahlausschreibung oder Gemeinderatsauflösung vertretenen Wahlparteien bedürfen keiner Unterstützungserklärungen.

(3) Die Wahlvorschläge müssen der Verordnung der Landesregierung über die Gestaltung von Drucksorten zur Vollziehung dieses Gesetzes entsprechen.

§ 32

Wahlvorschläge ohne Parteienbezeichnung oder zustellungsbevollmächtigten Vertreter

(1) Wahlvorschläge ohne Parteienbezeichnung tragen den Namen des erstvorgeschlagenen Bewerbers (z.B. Wahlvorschlag Holzinger).

(2) Wenn ein Wahlvorschlag keinen zustellungsbevollmächtigter Vertreter und dessen Stellvertreter angeführt, so gelten als zustellungsbevollmächtigter Vertreter und dessen Stellvertreter die Wahlwerber in der Reihenfolge des Wahlvorschlages. Fehlt nur der Vertreter so gilt der erstangeführte Wahlwerber als Vertreter.

Austausch des zustellungsbevollmächtigten Vertreters
und dessen Stellvertreters

(1) Der zustellungsbevollmächtigte Vertreter bzw. sein Stellvertreter können jederzeit durch einen anderen Vertreter (Stellvertreter) ersetzt werden. Solche an die Gemeindewahlbehörde zu richtenden Erklärungen bedürfen nur der Unterschrift des letzten zustellungsbevollmächtigten Vertreters. Stimmt dieser nicht zu oder ist er nach Ansicht der Gemeindewahlbehörde nicht mehr in der Lage, die Wahlpartei zu vertreten, so muß die Erklärung von der Mehrheit der Wahlwerber des Wahlvorschlages, sofern diese noch Mitglied des Gemeinderates oder noch Ersatzmitglied sind, unterschrieben sein. Die Unterfertiger müssen nach Ansicht der Gemeindewahlbehörde im Zeitpunkt der Erklärung die Wahlpartei noch vertreten können. Können diese Unterschriften nicht beigebracht werden, so genügt die Unterschrift auch eines Wahlwerbers des Wahlvorschlages, der die Wahlpartei nach Ansicht der Gemeindewahlbehörde vertreten kann.

(2) Wenn ein Wahlvorschlag einer politischen Partei zugerechnet werden kann, kann der Austausch auch durch die Landesorganisation der Partei erfolgen.

§ 34

Parteibezeichnungen

(1) Wenn ein Wahlvorschlag ohne die Zustimmung einer im Landtag vertretenen Partei deren Parteibezeichnung trägt, muß diese Parteibezeichnung gestrichen werden. Wenn die Zustimmung fraglich ist, muß die Gemeindewahlbehörde diese Frage bei der Landesorganisation der Partei klären. Der Wahlvorschlag ist bei Streichung der Parteibezeichnung so zu behandeln, als ob er ohne ausdrücklicher Parteibezeichnung eingebracht worden wäre. Gleiches gilt, wenn ein Wahlvorschlag eine Parteibezeichnung enthält, die von einer im Landtag von Niederösterreich vertretenen Partei schwer zu unterscheiden ist, oder die Parteibezeichnung mehr als sechs Worte umfaßt. Von der Streichung der Parteibezeichnung muß der zustellungsbevollmächtigte Vertreter

sofort verständigt werden. Die Verständigung ist gesondert nicht bekämpfbar.

(2) Wenn mehrere Wahlvorschläge dieselbe oder schwer unterscheidbare Parteibezeichnungen tragen, muß der Vorsitzende der Gemeindevahlbehörde die zustellungsbevollmächtigten Vertreter dieser Wahlparteien zu einer Besprechung einladen und versuchen ein Einvernehmen über die Unterscheidung der Parteibezeichnungen zu erreichen. Gelingt dies nicht, so müssen Parteibezeichnungen, die schon auf veröffentlichten Wahlvorschlägen bei der letzten Gemeinderatswahl enthalten waren, belassen werden. Die übrigen Wahlvorschläge müssen so behandelt werden, als ob sie ohne ausdrückliche Parteibezeichnung eingebracht worden wären.

§ 35

Prüfung und Verbesserung der Wahlvorschläge

(1) Die Gemeindevahlbehörde muß die Wahlvorschläge daraufhin überprüfen ob sie den Voraussetzungen des § 31 Abs.2 entsprechen und die vorgeschlagenen Wahlwerber das passive Wahlrecht haben.

(2) Mangelhafte Wahlvorschläge müssen den zustellungsbevollmächtigten Vertreter zur Behebung der Mängel innerhalb von drei Tagen sofort zurückgestellt werden. Wenn der Mangel nicht fristgerecht behoben wird, muß die Wahlbehörde von Amts wegen die Parteiliste richtig stellen und erforderlichenfalls Namen von Wahlwerbern streichen. Wenn der Wahlvorschlag verspätet überreicht wird, die Unterstützungserklärungen in der notwendigen Anzahl fehlen oder die Zustimmung aller Wahlwerber zur Aufnahme in den Wahlvorschlag fehlt, unterbleibt die Zurückstellung zur Verbesserung. Der Wahlvorschlag muß dann als unzulässig zurückgewiesen werden. Gleiches gilt, wenn der Wahlvorschlag keinen einzigen wählbaren Wahlwerber enthält.

(3) Wenn mehrere Wahlvorschläge den Namen desselben Wahlwerbers enthalten, muß dieser von der Gemeindewahlbehörde aufgefordert werden, binnen drei Tagen zu erklären, für welchen Wahlvorschlag er sich entscheidet. Auf den übrigen Wahlvorschlägen wird er gestrichen. Unterbleibt die fristgerechte Erklärung wird er nur auf den ersten eingelangten Wahlvorschlag, der seinen Namen enthält, belassen.

(4) Die von der Gemeindewahlbehörde nach dieser Gesetzesstelle getroffenen Entscheidungen können gesondert nicht bekämpft werden.

§ 36

Ergänzung der Wahlvorschläge

Wenn ein Wahlwerber verzichtet, stirbt, die Wählbarkeit verliert oder von der Gemeindewahlbehörde gestrichen wird, so kann die Wahlpartei ihre Parteiliste durch Nennung eines anderen Wahlwerbers ergänzen. Die Ergänzungswahlvorschläge müssen spätestens achtzehn Tage vor dem Wahltag bei der Gemeindewahlbehörde einlangen.

§ 37

Abschluß und Veröffentlichung der Wahlvorschläge

(1) Am zehnten Tag vor dem Wahltag um 17.00 Uhr schließt der Bürgermeister die Wahlvorschläge ab und macht sie durch Anschlag an der Amtstafel kund.

(2) In der Kundmachung müssen zunächst die Wahlvorschläge jener Wahlparteien angeführt werden, die im zuletzt gewählten Gemeinderat vertreten waren. Für die Reihenfolge sind die von den Wahlparteien bei der zuletzt durchgeführten Gemeinderatswahl erzielten Parteisummen insofern maßgeblich, als die Wahlpartei mit der höchsten Parteisumme an erster Stelle der Kundmachung gereiht werden muß, und sich die weitere Reihenfolge aus der absteigenden Höhe der Parteisummen ergibt. Die übrigen Wahlvorschläge müssen in der Reihenfolge ihrer Einbringung veröffentlicht werden.

(3) Der Inhalt der Wahlvorschläge muß aus der Kundmachung zur Gänze ersichtlich sein. Nach der Kundmachung der Wahlvorschläge können diese ohne Rücksicht auf etwaige formelle Mängel nicht mehr angefochten werden.

6. Abschnitt

Festlegung der Wahllokale, Wahlzeit und der Verbotszonen

§ 38

Wahllokale, Wahlzeit

(1) Die Gemeindewahlbehörde muß für jeden Wahlsprengel das Wahllokal und die Wahlzeit bestimmen. Das Wahllokal, die Sprengeinteilung und die Wahlzeit müssen für alle Wahlsprengel spätestens eine Woche vor dem Wahltag durch Anschlag an der Amtstafel kundgemacht werden.

(2) Das Wahllokal muß für die Durchführung der Wahlhandlung geeignet und mit den notwendigen Einrichtungstücken ausgestattet sein. Dazu gehört jedenfalls ein Tisch für die Wahlbehörde, in seiner unmittelbaren Nähe ein weiterer Tisch für die Wahlzeugen, die Wahlurne und die Wahlzelle. Das Wahllokal muß einen Warteraum aufweisen.

(3) Die Wahlzelle ist ein abgesonderter Raum im Wahllokal in dem der Wähler seinen Stimmzettel ausfüllen und in das Wahlkuvert einlegen kann. Sie ist so einzurichten, daß der Wähler dabei von anderen Personen nicht beobachtet werden kann. In der Wahlzelle oder an anderer geeigneter Stelle im Warteraum müssen die Wahlvorschläge angebracht werden. In der Wahlzelle müssen sich ein Tisch oder Stehpult mit einem Schreibgerät befinden. Die Wahlzelle muß ausreichend beleuchtet sein. In einem Wahllokal dürfen auch mehrere Wahlzellen aufgestellt werden, wenn die Überwachung der Wahlhandlung dadurch nicht gefährdet wird.

(4) Die Wahllokale und die Wahlzeit müssen der Bezirkshauptmannschaft bekanntgegeben werden.

§ 39

Stimmabgabe vor dem Wahltag

(1) Um Personen, die eine Wahlkarte besitzen, die Ausübung des Wahlrechtes vor dem Wahltag zu ermöglichen, muß die Gemeindevahlbehörde bei Bedarf (Ausstellung von entsprechenden Wahlkarten) spätestens am 10. Tag vor dem Wahltag eine oder mehrere Sprengelwahlbehörden bestimmen, die für diese Personen am 8. Tag vor dem Wahltag zur Verfügung stehen. Die Wahlzeit(en) und die Wahlort(e) sind spätestens am 10. Tag vor dem Wahltag durch Anschlag an der Amtstafel kundzumachen.

(2) Nach Ablauf der Wahlzeit muß die Wahlbehörde die Urne entleeren, ungeöffnet die abgegebenen Kuverts zählen und feststellen, ob die Zahl der Kuverts mit der Zahl der im Abstimmungsverzeichnis eingetragenen Wähler übereinstimmt. Stimmen die Zahlen nicht überein, so muß diese Tatsache und der wahrscheinliche Grund dafür in der Niederschrift über die Wahlhandlung festgehalten werden.

(3) Die Wahlunterlagen, insbesondere die Wahlkarten und die ungeöffneten Kuverts sind bis zum Wahltag von der Wahlbehörde sicher zu verwahren. Für die Niederschrift der Wahlbehörde und die Feststellung des Wahlergebnisses gelten die Vorschriften für die besondere Wahlbehörde im übrigen sinngemäß.

§ 40

Verbotzonen

(1) Die Gemeindevahlbehörde muß für jedes Wahllokal spätestens eine Woche vor der Wahl eine Verbotzone bestimmen. Diese darf im Ausmaß höchstens einen Umkreis von 100 m um das Gebäude des Wahllokales umfassen.

(2) Innerhalb der Verbotszone ist verboten:

- a) jede Art der Wahlwerbung (z.B. Ansprachen an die Wähler, Verteilung von Wahlaufrufen und dgl.) und
- b) das Tragen von Waffen aller Art.

Das Verbot des Tragens von Waffen bezieht sich nicht auf im Dienst befindliche öffentliche Sicherheitsorgane.

(3) Wer am Wahltag innerhalb der Verbotszone Wahlwerbung betreibt oder Waffen trägt, muß mit einer Geldstrafe bis zu S 10.000,-- bestraft werden.

7. Abschnitt

Wahlkarten

§ 41

Anspruch auf eine Wahlkarte.

(1) Wahlberechtigte die sich voraussichtlich am Wahltag in einem anderen Wahlsprengel als dem ihrer Eintragung in das Wählerverzeichnis aufhalten werden und deshalb ihr Wahlrecht dort nicht ausüben können, oder Personen die ihr Wahlrecht vor dem Wahltag ausüben wollen, haben Anspruch auf Ausstellung einer Wahlkarte.

(2) Anspruch auf Ausstellung einer Wahlkarte haben außerdem Personen, denen der Besuch des zuständigen Wahllokales wegen Bettlägerigkeit unmöglich ist und die Möglichkeit der Stimmabgabe vor einer besonderen Wahlbehörde in Anspruch nehmen wollen.

§ 42

Verfahren zur Ausstellung der Wahlkarte

(1) Die Ausstellung der Wahlkarte kann beim Gemeindeamt spätestens drei Tage vor dem Wahltag schriftlich, mündlich oder mit Fernkopie (Telefax) beantragt werden. Beim mündlichen Antrag muß - wenn der Antragsteller dem Aussteller nicht persönlich bekannt ist - die Identität durch ein Dokument nachgewiesen

werden. Wird die Wahlkarte auf andere Weise beantragt, kann die Identität auch anders glaubhaft gemacht werden. Für die Ausstellung einer Wahlkarte zum Besuch durch die besondere Wahlbehörde muß die Bettlägerigkeit glaubhaft gemacht werden. Außerdem muß angegeben werden, wo der Bettlägerige besucht werden soll. Über den Antrag zur Ausstellung einer Wahlkarte entscheidet der Bürgermeister. Gegen die Verweigerung der Wahlkarte steht kein Rechtsmittel zu.

(2) Die Wahlkarte zur Ausübung des Wahlrechtes vor dem Wahltag muß spätestens am 11. Tag vor dem Wahltag beantragt werden.

(3) Duplikate für verlorengegangene oder unbrauchbar gewordene Wahlkarten dürfen nicht ausgestellt werden.

(4) Fällt bei einem Wahlberechtigten vor dem Wahltag die Bettlägerigkeit weg, muß er die Gemeinde rechtzeitig verständigen, daß ein Besuch durch die Wahlbehörde für Bettlägerige nicht notwendig ist.

(5) Die Ausstellung der Wahlkarte muß im Wählerverzeichnis bei dem betreffenden Wähler mit dem Wort "Wahlkarte" auffällig (z.B. mit Buntstift) angemerkt werden.

8. Abschnitt

Wahlkuvert und Stimmzettel

§ 43

Wahlkuvert

Das bei den Wahlen verwendete Kuvert muß aus undurchsichtigem Material hergestellt werden. Es muß eine Größe aufweisen, die es ermöglicht, daß der Stimmzettel nach nur einmaliger Faltung in das Kuvert eingelegt werden kann.

§ 44

Stimmzettel

(1) Der amtliche Stimmzettel muß enthalten:

- a) einen Kreis,
- b) die allfällige Kurzbezeichnung der Wahlparteien,
- c) die Parteibezeichnungen jeweils umgeben von einem Rechteck und
- d) ein Feld, in das ein Bewerber der gewählten Parteiliste eingetragen werden kann.

(2) Die Größe der amtlichen Stimmzettel richtet sich nach der Anzahl der Wahlparteien. Das Ausmaß muß ungefähr 14,5 bis 15,5 cm in der Breite und 20 bis 22 cm in der Länge oder nach Notwendigkeit ein Vielfaches davon betragen. Für alle Parteienbezeichnungen muß die gleiche Größe der Rechtecke vorgesehen werden. Für die Buchstaben der Kurzbezeichnungen muß einheitlich die größtmögliche Schrift verwendet werden. Das Wort "Liste" muß klein, die Ziffern darunter möglichst groß gedruckt werden. Die Farbe aller Buchstaben muß einheitlich schwarz sein. Die Trennungslinien der Rechtecke müssen in der gleichen Stärke ausgeführt werden; das gleiche gilt für die vorgedruckten Kreise. Die Reihenfolge der Wahlparteien auf den Stimmzettel richtet sich nach der Reihenfolge der Veröffentlichung der Wahlvorschläge.

(3) Die amtlichen Stimmzettel werden von der Bezirkswahlbehörde aufgelegt und den Gemeindewahlbehörden entsprechend der endgültigen Zahl der Wahlberechtigten, zusätzlich einer Reserve von 15 % übermittelt. Die Gemeindewahlbehörden teilen die Stimmzettel entsprechend der endgültigen Zahl der Wahlberechtigten, zusätzlich einer Reserve von 15 %, auf die Wahlbehörden, vor denen Wahlhandlungen stattfinden, auf. Die Ausfolgung ist von den Vorsitzenden der Wahlbehörde zu bestätigen.

Verfahren am Wahltag

1. Abschnitt

Abstimmungsverfahren

§ 45

Leitung der Wahl-Sonstige Befugnisse der Wahlbehörden

- (1) Die Wahlhandlung wird in der Gemeinde von der Gemeindewahlbehörde und in jedem Wahlsprenkel von der Sprenkelwahlbehörde geleitet.
- (2) Bei Störungen der Wahl kann der Vorsitzende bestimmen, daß die Wähler nur einzeln in das Wahllokal eingelassen werden.
- (3) Im Wahllokal dürfen außer den Mitgliedern der Wahlbehörde nur der Stellvertreter des Vorsitzenden, die Ersatzmitglieder, die Vertrauenspersonen, die Wahlzeugen und das Hilfspersonal ständig anwesend sein.
- (4) Wenn Umstände eintreten, die den Beginn, die Fortsetzung oder den Abschluß der Wahlhandlung behindern, kann die Wahlbehörde die Wahlhandlung auf den nächsten Tag verschieben oder verlängern. Dies muß sofort durch Anschlag an der Amtstafel kundzumachen und der Bezirkshauptmannschaft und der Landesregierung mitgeteilt werden.
- (5) Wenn bereits Stimmzettel abgegeben wurden, müssen die Wahlakten und die Wahlurne von der Wahlbehörde bis zur Fortsetzung der Wahlhandlung versiegelt und sicher aufbewahrt werden.

Beginn der Wahlhandlung

(1) Der Vorsitzende der Wahlbehörde übergibt am Beginn der Wahlzeit der Wahlbehörde das Wählerverzeichnis, das Abstimmungsverzeichnis, die Wahlkuverts und die Stimmzettel.

(2) Unmittelbar vor Beginn der Stimmabgabe muß sich die Wahlbehörde überzeugen, daß die Wahlurne leer ist.

§ 47

Stimmabgabe

(1) Zuerst geben die Mitglieder der Wahlbehörde, der Stellvertreter des Vorsitzenden, die Ersatzmitglieder, die Vertrauenspersonen, die Wahlzeugen und das Hilfspersonal die Stimme ab. Haben diese Personen in einem anderen Wahlsprengel ihren ordentlichen Wohnsitz, benötigen sie dazu eine Wahlkarte.

(2) Danach geben die Wähler in der Reihenfolge ihres Erscheinens, die Stimme ab. Dazu tritt der Wähler vor die Wahlbehörde, nennt seinen Namen und seine Wohnadresse und legt eine Urkunde vor, aus der sein Identität hervorgeht. Die Vorlage einer solchen Urkunde ist dann nicht notwendig, wenn der Wähler der Mehrheit der Mitglieder der Wahlbehörde persönlich bekannt ist. Danach erhält der Wähler die für die Wahl notwendigen Unterlagen.

(3) Der Wähler muß die Wahlzelle aufsuchen. Dort übt er sein Wahlrecht aus, verläßt die Zelle wieder und übergibt das Wahlkuvert verschlossen dem Vorsitzenden oder einem mit der Übernahme betrauten Beisitzer. Dieser wirft es ungeöffnet in die Wahlurne.

(4) Der Name des Wählers wird im Wählerverzeichnis durchgestrichen und in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen. Hierauf muß der Wähler das Wahllokal verlassen.

(5) Die Wahlzelle darf immer nur von einer Person betreten werden. Nur Personen, denen aufgrund eines körperlichen Gebrechens die persönliche Stimmabgabe nicht möglich ist, dürfen sich von einer Person begleiten und diese für sich wählen lassen.

§ 48

Stimmabgabe mit Wahlkarten

(1) Wähler, die eine Wahlkarte besitzen, müssen außer dieser auch noch eine Urkunde oder amtliche Bescheinigung vorweisen, aus der sich die Identität mit der in der Wahlkarte genannten Person ergibt. Die Vorlage einer solchen Urkunde ist dann nicht notwendig, wenn der Wähler der Mehrheit der Mitglieder der Wahlbehörde persönlich bekannt ist. Die Namen der Wahlkartenwähler werden am Schluß des Wählerverzeichnisses fortlaufend numeriert eingetragen. Die Wahlkarte muß dem Wähler abgenommen und der Niederschrift beigelegt werden.

(2) Erscheint ein Wähler, dem eine Wahlkarte ausgestellt wurde, vor der Wahlbehörde, bei der er sein Wahlrecht an sich ausüben müßte, so kann er auch dort seine Stimme abgeben. Auch in diesem Fall muß die Wahlkarte dem Wähler abgenommen und der Niederschrift beigelegt werden.

§ 49

Stimmabgabe in Anstalten

(1) Um den Bettlägerigen und den ihrer Freiheit beschränkten Wahlberechtigten die Ausübung des Wahlrechtes zu erleichtern, muß die Gemeindewahlbehörde bei Bedarf (Ausstellung von entsprechenden Wahlkarten) für den örtlichen Unterbringungsbereich einen oder mehrere besondere Wahlsprengel einrichten.

(2) Gehfähige Anstaltsinsassen müssen ihr Wahlrecht bei der nach Abs.1 zuständigen Wahlbehörde ausüben.

(3) Bettlägerige Anstaltsinsassen werden von der Anstaltswahlbehörde mit dem Hilfspersonal und den Wahlzeugen aufgesucht. Bei der Stimmabgabe muß durch entsprechende Einrichtungen (z.B. durch einen Wandschirm) vorgesorgt werden, das der Wähler unbeachtet von anderen Personen sein Wahlrecht ausüben kann. Im übrigen gelten die Vorschriften für die Stimmabgabe sinngemäß (z.B. Stimmabgabe durch Personen, denen aufgrund eines körperlichen Gebrechens die persönliche Stimmabgabe nicht möglich ist).

(4) Personen, die außerhalb des Sprengels nach Abs.1 im Gemeindegebiet ihren ordentlichen Wohnsitz haben, benötigen zur Stimmabgabe eine Wahlkarte.

§ 50

Stimmabgabe durch Bettlägerige

(1) Bei der Stimmabgabe muß durch entsprechende Einrichtungen (z.B. durch einen Wandschirm) vorgesorgt werden, das der Wähler unbeobachtet von anderen Personen sein Wahlrecht ausüben kann. Fehlt eine entsprechende Einrichtung, müssen alle übrigen Personen während der Stimmabgabe den Raum verlassen. Im übrigen gelten die Vorschriften für die Stimmabgabe sinngemäß (z.B. Stimmabgabe durch Personen, denen aufgrund eines körperlichen Gebrechens die persönliche Stimmabgabe nicht möglich ist).

(2) Personen, die außerhalb des Sprengels, in dem sie im Gemeindegebiet ihren ordentlichen Wohnsitz haben, von der Wahlbehörde aufgesucht werden, benötigen zur Stimmabgabe eine Wahlkarte.

§ 51

Ende der Wahlhandlung

(1) Wenn die Wahlzeit abgelaufen ist und alle bis dahin im Wahllokal oder im Warteraum erschienen Wähler gestimmt haben muß das Wahllokal geschlossen werden. Außer den Mitgliedern der Wahlbehörde, dem Stellvertreter des Vorsitzenden, den Ersatzmitglieder, den Vertrauenspersonen, den Wahlzeugen und dem Hilfspersonal darf im Wahllokal niemand mehr anwesend sein.

(2) Nachdem allfällig durch Ausübung der Wahl vor dem Wahltag vorhandene Wahlkuverts ungeöffnet in die Urne eingeworfen wurden, muß die Wahlbehörde die in der Wahlurne enthaltenen Kuverts gründlich durcheinandermengen. Dann entleert sie die Urne, zählt die abgegebenen Kuverts und stellt fest, ob die Zahl der Kuverts mit der Zahl der im Abstimmungsverzeichnis eingetragenen Wähler übereinstimmt. Stimmen die Zahlen nicht überein, so muß diese Tatsache und der wahrscheinliche Grund dafür in der Niederschrift über die Wahlhandlung festgehalten werden.

(3) Nach Öffnung der Kuverts prüft die Wahlbehörde die Gültigkeit der Stimmzettel, stellt die Zahl der ungültigen Stimmen fest und versieht diese Stimmzettel mit fortlaufenden Zahlen. Die gültigen Stimmzettel werden nach Wahlparteien und innerhalb dieser nach Stimmzetteln mit oder ohne Eintragung eines Bewerbers geordnet. Die Wahlbehörde stellt die auf jede Wahlpartei entfallende Zahl von Stimmen (Parteisumme) fest. Die Wahlbehörde darf sich bei dieser Tätigkeit der Hilfe des Stellvertreters des Vorsitzenden und der Ersatzmitglieder bedienen.

2. Abschnitt

Bewertung der Stimmzettel, Niederschrift der Wahlbehörden

§ 52

Gültige Stimmzettel

(1) Zur Stimmabgabe darf nur der gleichzeitig mit dem Wahlkuvert dem Wähler übergebene amtliche Stimmzettel verwendet werden.

(2) Der Stimmzettel ist gültig ausgefüllt, wenn aus im eindeutig zu erkennen ist, welche Wahlpartei der Wähler wählen wollte. Dies ist der Fall, wenn der Wähler in einem der links vor jeder Partei-bezeichnung vorgedruckten Kreise ein Kreuz oder ein anderes Zeichen anbringt, aus dem unzweideutig hervorgeht, daß der die in der selben Zeile angeführte Wahlpartei wählen wollte. Der Stimmzettel ist aber auch dann gültig ausgefüllt, wenn der Wille des Wählers auf andere Weise z.B. durch Anhaken oder Unterstreichen, durch Durchstreichen der übrigen Wahlparteien oder durch die Eintragung eines Bewerbers eindeutig zu erkennen ist.

§ 53

Eintragung eines Bewerbers durch den Wähler

(1) Der Wähler kann auf der auf den amtlichen Stimmzettel hierfür vorgesehene Stelle den Namen eines Bewerbers der von ihm gewählten Wahlpartei bezeichnen. Die Bezeichnung kann durch Schreiben des Namens oder in sonst einer Form erfolgen. Die Bezeichnung ist gültig, wenn aus ihr eindeutig hervorgeht, welchen Bewerber der gewählten Wahlpartei der Wähler bezeichnen wollte. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Bezeichnung mindestens den Familiennamen des Bewerbers oder bei Bewerbern derselben Parteiliste mit gleichem Namen ein entsprechendes Unterscheidungsmerkmal z.B. der Vorname, der Beruf, das Geburtsjahr oder die Adresse enthält.

(2) Ein amtlicher Stimmzettel, der nur die Bezeichnung eines Bewerbers aufweist, gilt als gültige Stimme für die Wahlpartei des vom Wähler eingetragenen Bewerbers.

(3) Die Bezeichnung eines Bewerbers durch den Wähler gilt als nicht beigelegt, wenn mehrere Bewerber oder der Bewerber einer Wahlpartei eingetragen wurde, der nicht Bewerber der vom Wähler gewählten Wahlpartei ist.

§ 54

Mehrere Stimmzettel in einem Wahlkuvert

- (1) Wenn ein Wahlkuvert mehrere amtliche Stimmzettel enthält, so zählen sie für einen gültigen, wenn
- a) auf allen Stimmzetteln die gleiche Wahlpartei bezeichnet wurde;
 - b) mindestens ein Stimmzettel gültig ausgefüllt ist und sich aus der Bezeichnung der übrigen Stimmzettel kein Zweifel über die gewählte Wahlpartei ergibt;

c) neben einem gültig ausgefüllten amtlichen Stimmzettel die übrigen amtlichen Stimmzettel entweder unausgefüllt oder ungültig sind.

(2) Sonstige nichtamtliche Stimmzettel, die sich neben einem gültig ausgefüllten Stimmzettel im Wahlkuvert befinden, beeinträchtigen die Gültigkeit des amtlichen Stimmzettels nicht.

(3) Weisen die für ein und dieselbe Wahlpartei abgegebenen Stimmzetteln verschiedenen Eintragungen von Bewerbern auf, so gelten die Eintragungen als nicht beigelegt; der Stimmzettel ist jedoch gültig.

§ 55

Ungültige Stimmzettel

(1) Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn

- a) ein anderer als der amtliche Stimmzettel zur Abgabe der Stimme verwendet wurde;
- b) der Stimmzettel durch abreißen eines Teiles derartig beeinträchtigt wurde, daß nicht mehr unzweideutig hervorgeht, welche Wahlpartei der Wähler wählen wollte;
- c) überhaupt keine Wahlpartei angezeichnet oder kein Bewerber eingetragen wurde;
- d) zwei oder mehrere Wahlparteien angezeichnet wurden;
- e) aus dem vom Wähler angebrachten Zeichen oder der sonstigen Kennzeichnung nicht unzweideutig hervorgeht, welche Wahlpartei er wählen wollte.

(2) Leere Kuverts zählen als ungültige Stimmzettel. Enthält ein Wahlkuvert mehrere Stimmzettel, die auf verschiedene Wahlparteien lauten, so zählen sie, wenn sich ihre Ungültigkeit nicht schon aus anderen Gründen ergibt, als ein ungültiger Stimmzettel.

(3) Worte, Bemerkungen oder Zeichen die außer zur Kennzeichnung der Wahlpartei angebracht wurden, beeinträchtigen die Gültigkeit eines Stimmzettels nicht, wenn sich hiedurch nicht einer der angeführten Ungültigkeitsgründe ergibt. Im Wahlkuvert befindlichen Beilagen aller Art beeinträchtigen die Gültigkeit des amtlichen

Stimmzettels gleichfalls nicht.

§ 56

Niederschrift der Sprengelwahlbehörde

(1) Die Sprengelwahlbehörde muß nach Abschluß der Wahlhandlung sofort im Wahllokal den Wahlvorgang in einer eigenen Niederschrift festhalten. Diese Niederschrift muß enthalten:

a) die Namen der Mitglieder der Wahlbehörde, des Stellvertreters des Vorsitzenden, der Ersatzmitglieder und der Wahlzeugen,

b) die Zeitangabe des Beginns und des Endes der Wahlhandlung und allfällige Unterbrechungen,

c) Entscheidungen über die Zulassung von Wählern in strittigen Fällen,

d) sonstige Entscheidungen der Wahlbehörde und außergewöhnliche Vorkommnisse (z.B. Nichtübereinstimmung der Zahl der Kuverts mit der Zahl der im Abstimmungsverzeichnis eingetragenen Wähler),

e) die Zahl der erschienenen Wähler, die Zahl der gültigen und ungültigen Stimmzettel und die Parteisummen.

Die Niederschrift muß von den Mitgliedern der Wahlbehörde unterschrieben werden. Verweigert ein Mitglied die Unterschrift, ist der Grund anzugeben.

(2) Die Niederschrift über den Wahlvorgang, das Wählerverzeichnis, das Abstimmungsverzeichnis und die Stimmzettel müssen zusammen versiegelt werden und der Gemeindewahlbehörde - wenn möglich durch mehrere Mitglieder der Wahlbehörde - sofort überbracht werden.

Niederschrift der besonderen Wahlbehörde

(1) Die besondere Wahlbehörde muß nach der Wahlhandlung nur die Anzahl der abgegebenen Wahlkuverts und die Übereinstimmung mit der Anzahl der abgegebenen Stimmen feststellen.

(2) Die besondere Wahlbehörde muß nach Abschluß der Wahlhandlung sofort den Wahlvorgang in einer eigenen Niederschrift festhalten. Diese Niederschrift muß enthalten:

a) die Namen der Mitglieder der Wahlbehörde, des Stellvertreters des Vorsitzenden, der Ersatzmitglieder und der Wahlzeugen,

b) die Zeitangabe des Beginns und des Endes der Wahlhandlung und allfällige Unterbrechungen,

c) Entscheidungen der Wahlbehörde und außergewöhnliche Vorkommnisse (z.B. Nichtübereinstimmung der Zahl der Kuverts mit der Zahl der im Abstimmungsverzeichnis eingetragenen Wähler),

d) die Zahl der aufgesuchten Wähler, die Zahl der abgegebenen Wahlkuverts und die Übereinstimmung mit der Anzahl der abgegebenen Stimmen.

Die Niederschrift muß von den Mitgliedern der Wahlbehörde unterschrieben werden. Verweigert ein Mitglied die Unterschrift, ist der Grund anzugeben.

(3) Die Gemeindewahlbehörde muß unter Bedachtnahme auf die Wahrung des Wahlheimnisses jene Sprengelwahlbehörde(n) bestimmen, welche das Wahlergebnis der besonderen Wahlbehörde(n) feststellen muß (müssen). Diese Wahlbehörde(n) muß (müssen) die ungeöffnet übernommenen Wahlkuverts der besonderen Wahlbehörde(n) in die Feststellung des eigenen Wahlergebnisses ununterscheidbar einbeziehen. Die besondere(n) Wahlbehörde(n) muß (müssen) ihre Wahlakten und Niederschriften der (den) feststellenden Sprengelwahlbehörde(n) sofort überbringen. Die Wahlakten und Niederschriften bilden einen Teil der Wahlakten der feststellenden Sprengewahlbehörde(n).

Ermittlungsverfahren

§ 58

Überprüfung der Sprengelergebnisse Ermittlung des Gesamtergebnisses

Die Gemeindewahlbehörde muß die Wahlergebnisse der einzelnen Wahlsprengel überprüfen auf:

- a) die zahlenmäßige Richtigkeit und
- b) die Richtigkeit der Bewertung der Stimmzettel.

Dann muß sie die Gesamtzahl der in der Gemeinde abgegebenen Stimmen, der gültigen und ungültigen Stimmen sowie die Anzahl der auf jede Partei entfallenden gültigen Stimmen (Parteisummen) feststellen.

§ 59

Mandatsaufteilung

- (1) Die in der Gemeinde zu besetzenden Gemeinderatsmandate werden auf die Parteien nach der Wahlzahl aufgeteilt. Die Wahlzahl wird wie folgt ermittelt.
- (2) Die Parteisummen werden nach ihrer Größe geordnet nebeneinander aufgeschrieben. Unter jede Parteisumme wird die Hälfte, darunter das Drittel, das Viertel, das Fünftel usw. geschrieben. Bei diesen Teilungen müssen auch Dezimalzahlen berücksichtigt und angeschrieben werden. Die Parteisummen und die auf diese Weise ermittelten Zahlen werden ihrer Größe nach geordnet, wobei mit der größten Parteisumme begonnen wird.
- (3) Als Wahlzahl gilt jene Zahl, welche in der Reihe die so viele ist, als die Zahl der zu vergebenden Gemeinderatsmandate beträgt (z.B. 19 Mandate - neunzehnhöchste Zahl).
- (4) Jede Wahlpartei erhält so viel Sitze, als die Wahlzahl in ihrer Parteisumme enthalten ist. Wenn nach dieser Rechnung mehrere

Wahlparteien auf ein Mandat denselben Anspruch haben, entscheidet das Los.

§ 60

Ermittlung der gewählten Wahlwerber
Reihung der Ersatzmitglieder

(1) Jeder Bewerber eines Wahlvorschlages erhält für jede gültige Bezeichnung seines Namens auf einem Stimmzettel einen Wahlpunkt zugewiesen. Die Gesamtzahl der jeweils einen Bewerber zugewiesenen Wahlpunkte ist von der Gemeindewahlbehörde zu ermitteln.

(2) Die auf eine Wahlpartei gemäß § 59 entfallenden Mandate werden den Bewerbern dieser Wahlpartei wie folgt zugewiesen.

(3) Die zu vergebenden Mandate sind den Bewerbern in der Reihenfolge zuzuweisen, in der sie auf dem Wahlvorschlag angeführt sind. Dies jedoch nur in einer solchen Zahl, daß noch jedem nicht bereits mit einem Mandat beteiligten Bewerber, der mindestens so viele Wahlpunkte erzielt hat, wie die Wahlzahl beträgt, ein Mandat zugeteilt werden kann. Die Reihenfolge der Zuweisung der auf Grund der Wahlpunkte zuzuteilenden Mandate richtet sich hierbei nach der Reihenfolge der Wahlpunktezahlen jedes Bewerbers, wobei die Reihenfolge mit der Höchstzahl der Wahlpunkte beginnt, der jeweils die nächst niedrige Anzahl der Wahlpunkte folgt. Hätten hienach zwei oder mehrere Bewerber auf die Zuweisung eines Mandates den gleichen Anspruch, so ist, wenn nicht für jeden ein Mandat zur Verfügung steht, die Reihenfolge auf den Wahlvorschlag maßgebend.

(4) Nichtgewählte Bewerber sind Ersatzmitglieder für den Fall, daß ein Mandat ihres Wahlvorschlages erledigt wird. Hierbei bestimmt sich ihre Reihung zunächst nach den erzielten Wahlpunkten, dann nach der Reihenfolge, in der sie auf den Wahlvorschlag angeführt sind.

Niederschrift der Gemeindewahlbehörde,
Kundmachung des Wahlergebnisses

(1) Die Gemeindewahlbehörde muß das Ergebnis der Wahl in einer Niederschrift festhalten.

(2) Das Ergebnis der Wahl muß durch Anschlag an der Amtstafel kundgemacht werden. Die Kundmachung muß neben den Datum des Anschlages auch die Bestimmungen über die Wahlanfechtung enthalten.

TEIL D

Verfahren nach dem Wahltag

Wahlanfechtung

§ 62

Anfechtung der Wahl

Das Wahlergebnis kann von den zustellungsbevollmächtigten Vertretern der Wahlparteien, die rechtzeitig einen Wahlvorschlag erstattet haben und von jedem Wahlwerber, der behauptet, in seinem passiven Wahlrecht verletzt worden zu sein, durch Beschwerde angefochten werden. Die Anfechtung kann wegen behaupteter Unrichtigkeit der Ermittlung des Wahlergebnisses oder wegen angeblich gesetzwidriger Vorgänge im Wahlverfahren erfolgen.

§ 63

Verfahren

(1) Die Beschwerde muß schriftlich oder mit Fernkopie (Telefax) binnen zwei Wochen ab dem ersten Tag der Kundmachung des Wahlergebnisses bei der Gemeinde eingebracht werden. Die Beschwerde muß einen begründeten Antrag auf Nichtigkeitserklärung des Wahlverfahrens oder eines Teiles davon enthalten. Der Vorsitzende der Gemeindewahlbehörde muß die Beschwerde innerhalb von drei Tagen

samt den Wahlakten der Landes-Hauptwahlbehörde zur Entscheidung vorlegen.

(2) Wenn die Beschwerde verspätet, mit einem Formmangel oder von einer zur Einbringung nicht berechtigten Person erhoben wird, muß die Beschwerde zurückgewiesen werden.

§ 64

Entscheidungen der Landes-Hauptwahlbehörde

(1) Einer Beschwerde muß die Landes-Hauptwahlbehörde stattgeben, wenn die behauptete Rechtswidrigkeit des Wahlverfahrens erwiesen ist und außerdem auf das Wahlergebnis von Einfluß war. In der Entscheidung muß angegeben werden, ob das Wahlverfahren ganz oder teilweise aufgehoben wird. Im letzten Fall muß angegeben werden, ab welchem Zeitpunkt das Wahlverfahren wiederholt werden muß.

(2) Wird der Beschwerde stattgegeben, weil eine passiv nicht wahlberechtigte Person für gewählt erklärt wurde, muß die Wahl dieser Person für nichtig erklärt werden. In einem solchen Fall muß die Besetzung des Mandates wie beim Ausscheiden eines Gemeinderatsmitgliedes erfolgen.

(3) Wenn einer Beschwerde stattgegeben wird, weil einer wählbaren Person die Wählbarkeit aberkannt wurde, muß in der Entscheidung ausgesprochen werden, ob die Wahl einer anderen Person nichtig geworden ist.

(4) Entscheidungen der Landes-Hauptwahlbehörde mit der Wahlverfahren ganz oder teilweise aufgehoben werden, müssen durch Anschlag an der Amtstafel der Gemeinde kundgemacht werden.

Sonderbestimmungen für Statutarstädte

1. Abschnitt

§ 65

Geltungsbereich

Für die Wahl des Gemeinderates der Städte mit eigenem Statut gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes sinngemäß, soweit dieser Teil nichts anderes bestimmt.

§ 66

Wahlausschreibung

(1) Die Wahl des Gemeinderates wird vom Stadtsenat ausgeschrieben. Wurde der Gemeinderat durch eine aufsichtsbehördliche Verfügung aufgelöst, muß die Landesregierung die Wahl des Gemeinderates ausschreiben. Die Wahlausschreibung erfolgt durch Verordnung.

(2) Macht eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes oder der Stadtwahlbehörde die gänzliche oder teilweise Wiederholung der Wahl des Gemeinderates notwendig, muß der Stadtsenat die dafür erforderlichen Termine (Stichtag, Wahltag) durch Verordnung festlegen. § 1 Abs.4 gilt dabei sinngemäß.

(3) Die Wahlausschreibung muß vom Bürgermeister unverzüglich durch Anschlag an der Amtstafel kundgemacht werden.

§ 67

Wahlsprenkel

Die Einteilung des Stadtgebietes in Wahlsprenkel erfolgt durch den Stadtsenat.

Wahlbehörden

Zur Durchführung und Leitung der Wahl werden Wahlbehörden bestellt. Es sind dies:

- a) die Stadtwahlbehörde
- b) die Sprengelwahlbehörden
- c) die besonderen Wahlbehörden
- d) die Einspruchskommission

§ 69

Berufung und Ausscheidung der Beisitzer, Ersatzmitglieder
und Vertrauenspersonen

(1) Die Beisitzer und Ersatzmitglieder der Stadtwahlbehörde werden vom Stadtsenat, die Beisitzer und Ersatzmitglieder der Sprengelwahlbehörden von der Stadtwahlbehörde bestellt.

(2) Der richterliche Beisitzer der Stadtwahlbehörde und sein Ersatzmitglied werden auf Grund eines vom Stadtwahlleiter einzuholenden Vorschlages des Präsidenten des örtlich zuständigen Landesgerichtes bestellt. Der richterliche Beisitzer (Ersatzmitglied) muß seinen ordentlichen Wohnsitz nicht in der Stadt haben. Die übrigen Beisitzer und Ersatzmitglieder werden auf Grund der Vorschläge der im Gemeinderat am Stichtag vertretenen Wahlparteien nach ihrer bei der letzten Wahl des Gemeinderates festgestellten Stärke berufen. Wenn am Stichtag der Gemeinderat aufgelöst ist, ist für die Berufung der Beisitzer und Ersatzmitglieder die Stärke der Wahlparteien im aufgelösten Gemeinderat maßgeblich. Werden Vorschläge nicht oder verspätet eingebracht, so werden die Beisitzer und Ersatzmitglieder unter Bedachtnahme auf die vorangeführten Grundsätze vom Stadtsenat bzw. von der Stadtwahlbehörde bestellt. Das gleiche gilt sinngemäß, wenn von einer Partei zu wenig Personen vorgeschlagen werden, hinsichtlich der fehlenden Stellen.

(3) Hat eine Wahlpartei gemäß Abs. 2 keinen Anspruch auf Berufung eines Beisitzers, so ist sie, falls sie im letzten gewählten Gemeinderat vertreten ist, berechtigt, in die Stadtwahlbehörde und

in jede Sprengelwahlbehörde zwei Vertreter als ihre Vertrauenspersonen zu entsenden. Das gleiche Recht steht hinsichtlich der Stadtwahlbehörde auch solchen Wahlparteien zu, die im zuletzt gewählten Gemeinderat überhaupt nicht vertreten sind. Diese Vertrauenspersonen sind zu den Sitzungen der Wahlbehörden einzuladen. Sie nehmen an den Verhandlungen ohne Stimmrecht teil. Im übrigen finden die Bestimmungen über die Einbringung der Anträge auf Berufung der Beisitzer und Ersatzmitglieder sinngemäß Anwendung. Die Vorschriften über die Entsendung von Wahlzeugen werden dadurch nicht berührt.

(4) Die Namen der Mitglieder der Wahlbehörden müssen durch Anschlag an der Amtstafel kundgemacht werden. Die Wahlbehörden müssen so rechtzeitig konstituiert werden, daß sie ihren gesetzlichen Aufgaben zeitgerecht nachkommen können.

§ 70

Stadtwahlbehörde

(1) Für jede Stadt ist eine Stadtwahlbehörde zu bestellen. Sie besteht aus dem Bürgermeister oder einem von ihm entsandten Stellvertreter als Stadtwahlleiter und sechs Beisitzern. Ein Beisitzer muß Richter im Sinne des Art. 87 Abs. 1 des B-VG sein.

(2) Die Stadtwahlbehörde führt die Aufsicht über die Sprengelwahlbehörden; sie entscheidet endgültig in allen Streitfällen, die sich über das Wahlrecht und die Ausübung des Wahlrechtes ergeben. Ihr obliegt auch die Bestimmung der Wahllokale der Verbotszonen und der Wahlzeit und die sonst den Gemeindewahlbehörden übertragenen Aufgaben, soweit in diesem Teil nichts anderes bestimmt ist. Sie legt die amtlichen Stimmzettel auf und verteilt sie auf die Wahlbehörden, vor denen Wahlhandlungen stattfinden.

(3) Die Mitglieder der Stadtwahlbehörde dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder einer Sprengelwahlbehörde oder der Einspruchskommission sein.

§ 71

Einspruchskommission

(1) Die Einspruchskommission besteht aus einem vom Bürgermeister zu ernennenden rechtskundigen Bediensteten des Magistrats als Vorsitzenden und drei Beisitzern sowie Ersatzmitgliedern.

(2) Die Beisitzer und Ersatzmitglieder, die das passive Wahlrecht zum Gemeinderat besitzen müssen, werden vom Stadtsenat berufen. Bei diesem sind auch die Bestellungsvorschläge einzubringen. Im übrigen gelten die für die Sprengelwahlbehörden geltenden Bestimmungen sinngemäß.

§ 72

Einbringung der Anträge auf Berufung der Beisitzer und Ersatzmitglieder

Spätestens eine Woche nach dem Stichtag müssen die zustellungsbevollmächtigten Vertreter der Wahlparteien, die am Stichtag im Gemeinderat vertreten sind, Anträge für die Berufung der Beisitzer und Ersatzmitglieder, die das passive Wahlrecht zum Gemeinderat besitzen müssen, für die Stadtwahlbehörde an den Stadtsenat und spätestens drei Wochen nach dem Stichtag für die Sprengelwahlbehörden an die Stadtwahlbehörde richten. Die Anträge sind beim Magistrat einzubringen.

§ 73

Erfassung der Wähler

Für die Auflegung der Wählerverzeichnisse Einsprüche dagegen und Berufungen über getroffene Entscheidungen gelten die einschlägigen Bestimmungen dieses Gesetzes mit der Maßgabe, daß über Einsprüche die Einspruchskommission und gegen deren Entscheidungen erhobene Berufung die Stadtwahlbehörde endgültig entscheidet.

Koppelung von Wahlvorschlägen

(1) Gültige Wahlvorschläge können miteinander verbunden (gekoppelt) werden. Wenn mehr als zwei Wahlvorschläge gekoppelt werden, ist jeder Wahlvorschlag mit jedem der anderen Wahlvorschläge zu verbinden. Die Koppelung ist durch die zustellungsbevollmächtigten Vertreter der Parteien bis spätestens am neunten Tag vor dem Wahltag bis 17 Uhr der Stadtwahlbehörde gegenüber schriftlich zu erklären. Die Erklärungen sind von mindestens der Hälfte der Wahlwerber der zu koppelnden Wahlvorschläge zu unterfertigen.

(2) Koppelungserklärungen, die den Voraussetzungen des Abs.1 nicht entsprechen oder verspätet eingebracht wurden, sind als ungültig zurückzuweisen. Die Gültigkeit der Wahlvorschläge, auf die sich die Koppelungserklärung bezogen hat, wird, wenn kein anderer Zurückweisungsgrund gegeben ist, nicht berührt. Die für die Prüfung und Verbesserung der Wahlvorschläge geltenden Bestimmungen gelten sinngemäß.

§ 75

Mandatsaufteilung bei gekoppelten Wahlvorschlägen

Sind Wahlvorschläge miteinander gekoppelt, so sind bei der Ermittlung der Mandate zunächst die gekoppelten Wahlparteien wie eine Wahlpartei zu behandeln und dann die auf die gekoppelten Wahlparteien zusammen entfallenden Mandate nach den für die Mandatsaufteilung geltenden Bestimmungen zu verteilen.

§ 76

Anfechtung der Gemeinderatswahl

(1) Das Wahlergebnis kann vom zustellungsbevollmächtigten Vertreter einer Wahlpartei, die rechtzeitig einen Wahlvorschlag erstattet hat und von jeden Wahlwerber, der behauptet, in seinem passiven Wahlrecht verletzt worden zu sein, sowohl wegen behaupteter Unrichtigkeit der Ermittlung als auch wegen angeblicher gesetzwidriger Vorgänge im Wahlverfahren schriftlich durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde muß einen begründeten

Antrag auf Nichtigkeit des Wahlverfahrens oder eines bestimmten Teiles desselben enthalten. Wenn die Beschwerde verspätet oder von einer hiezu nicht berechtigten Person eingebracht wird oder die Begründung bzw. die Angabe, inwieweit die Wahl angefochten wird fehlt, muß die Beschwerde zurückgewiesen werden. Gegen die Entscheidung der Stadtwahlbehörde ist keine Berufung zulässig.

(2) Die Beschwerde muß binnen zwei Wochen ab dem ersten Tag der Kundmachung des Wahlergebnisses beim Magistrat eingebracht werden.

(3) Einer Beschwerde muß die Stadtwahlbehörde stattgeben, wenn die behauptete Rechtswidrigkeit des Wahlverfahrens, dazu zählt die Unrichtigkeit der Ermittlung des Ergebnisses, erwiesen wurde und auf das Ergebnis der Wahl von Einfluß war. In einer stattgebenden Entscheidung muß die Stadtwahlbehörde entweder das ganze Wahlverfahren oder genau bezeichnete Teile desselben als ungültig erklären.

(4) Entscheidungen der Stadtwahlbehörde mit der Wahlverfahren ganz oder teilweise aufgehoben werden, müssen durch Anschlag an der Amtstafel der Gemeinde kundgemacht werden.

TEIL F

Allgemeine Bestimmungen

§ 77

Fristen

(1) Der Beginn und Lauf einer in diesem Gesetz festgelegten Frist wird durch Sonn- und andere öffentliche Ruhetage nicht behindert. Das gleiche gilt für Samstage und den Karfreitag. Fällt das Ende einer Frist auf einen dieser Tage, müssen die mit dem Wahlverfahren befaßten Behörden dafür sorgen, daß ihnen befristete Handlungen auch an diesen Tagen zur Kenntnis gelangen.

(2) Die Tage des Postlaufes werden in die Fristen eingerechnet. Im übrigen gelten für die Berechnung der Fristen die Bestimmungen des § 32 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991, BGBl.51/1991 sinngemäß.

§ 78

Kosten

(1) Kosten des Wahlverfahrens müssen, wenn sie bei den Gemeinden entstehen, von diesen getragen werden. Die sonstigen Kosten des Wahlverfahrens trägt das Land Niederösterreich. Wenn die Beschaffung der zur Durchführung des Wahlverfahrens erforderlichen Drucksorten durch das Land erfolgt, sind die dabei entstehenden Kosten von den Gemeinden dem Land Niederösterreich anteilmäßig nach der Einwohnerzahl zu ersetzen.

(2) Die im Verfahren nach diesem Gesetz erforderlichen Eingaben und sonstigen Schriften und Urkunden sind von den Verwaltungsabgaben des Landes und der Gemeinden befreit.

§ 79

Drucksorten

Die Landesregierung, in Städten mit eigenem Statut, der Stadt-
senat, muß durch Verordnung die Gestaltung der Drucksorten zur
Vollziehung dieses Gesetzes festlegen.

§ 80

Schriftliche Anbringen und Meldungen

Soweit in diesem Landesverfassungsgesetz nichts anderes bestimmt ist, können schriftliche Anbringen und alle Meldungen nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden technischen Mittel auch telegrafisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenverarbeitung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise eingebracht werden.

Weibliche Form von Funktionsbezeichnungen

Funktionsbezeichnungen nach diesem Landesverfassungsgesetz können in der Form verwendet werden, die das Geschlecht des Funktionärs oder der Funktionärin zum Ausdruck bringt.

§ 82

Eigener Wirkungsbereich

Die in diesem Gesetz geregelten Aufgaben der Gemeinden sind - unbeschadet der Zuständigkeit überörtlicher Wahlbehörden - solche des eigenen Wirkungsbereiches.

§ 83

Außerkräfttreten

Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes tritt die NÖ Gemeindewahlordnung 1974, LGBl. 0350, außer Kraft.